



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 27.11.2024
Sitzungsbeginn:	19:05 Uhr
Sitzungsende:	23:05 Uhr
Ort, Raum:	Sporthalle Dabendorf, Jägerstrasse 13, 15806 Zossen

Vorsitz Stadtverordnetenversammlung

Jens Kaehlert

Ordentliches Mitglied - SVV

Tobias Belger

Stefan Broschell

Stefan Christ

Beata Czech

Thomas Czesky

Peer Giesecke

Eleonore Heinrich

Fritz Hille

Matthias Juricke

Rene Just

Marco Kerbs

Torsten Kniesigk

Ronja Krebs

Stefan Lorenz-Kricke

Edgar Leisten

Martina Leisten

Werner Jens Meske

Marko Njammasch

Carsten Preuß

Ute Reglin

Sven Reimer

Ilona Schmitt

Michaela Schreiber

Reinhard Schulz

Toni Tobianke

Uwe Voltz

Matthias Wilke

nicht anwesend

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Carolin Peidelstein

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 09.07.2024
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL
- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung
- 10 Beschlussvorlagen
- 10.1 Die Beschaffung der Ausstattung für die "Begegnungsstätte Burgberg" - Jugendclub, Vereinsheim, Aussenanlagen und elektrische Geräte/technische Ausstattung 116/24
- 10.2 Aufstellungsbeschluss über die 3. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im OT Wünsdorf der Stadt Zossen 128/24
- 10.3 Aufstellungsbeschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes "Südlich Gerichtstraße 20" in der Stadt Zossen 122/24
- 10.4 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 13.09.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 13.09.2024 auf Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr und Friedensstraße zur Beschlussfassung auf der SVV am 26.09.2024 101/24/01
- 10.5 Eilantrag der Fraktion AfD vom 14.11.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 14.11.2024 auf Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr Friedensstraße zur Beschäftigung auf der SVV am 27.11.2024 131/24
- 10.6 Abwägungsbeschluss über den Bebauungsplan "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf der Stadt Zossen 126/24
- 10.7 Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf der Stadt Zossen 127/24
- 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kaehlert um 19:05 Uhr eröffnet.

2 **Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten**

Es nehmen folgende Stadtverordnete digital an der Sitzung teil:

Herr Just

Herr Njammasch

Frau Reglin

Herr Belger

3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kaehlert stellt fest, dass von den 29 Stadtverordneten (einschließlich Frau Şahin-Connolly) 27 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

Herr Kaehlert:

Er wünscht sich eine ordentliche Sitzung. Er bittet zwingend um die Einhaltung der Geschäftsordnung. Auch auf die Redezeit und Nachfrage wird hingewiesen. §18 Abs. 4 wird durchgeführt. Der Paragraf sagt aus, wer die 3 Minuten überzieht und einer Ermahnung nicht Folge leistet, wird ausgeschlossen. Das betrifft das ganze Gremium. Er bittet zudem, wenn Unterlagen abgegeben werden müssen, dass dies in den Pausen zu machen.

4 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Şahin-Connolly:

Von der Verwaltung gibt es keine Änderungswünsche.

Frau Schreiber:

Weshalb wird der TOP 10.12 nicht von der Tagesordnung genommen? Im Bauausschuss gab es den Hinweis, dass die Ortsbeiräte nicht angehört wurden. Der Beschluss wurde gestern im Hauptausschuss runtergenommen. Es gab auch da keine Beratung.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung hat den Beschluss von der Tagesordnung genommen, als er an der Reihe war. Wenn wir den Tagesordnungspunkt aufrufen, werden wir ihn runternehmen.

5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 09.07.2024

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 09.07.2024 vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

6 Bericht aus der Verwaltung

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigefügt. Er umfasst folgende Punkte:

I. Kämmerei

1. Vergleich Finanzrechnung Ansatz/ IST per 10/2024
2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
4. Liquiditätsentwicklung 2023 - 10.2024

II. Ordnungsamt

1. Advents-, Nikolaus- und Weihnachtsmärkte im Stadtgebiet

III. Kita- und Schulamt

1. Aktuelle Belegungszahlen Kitas
2. Aktuelle Belegungszahlen Hort

IV. Bauamt

IV.1 Hochbau

1. Wünsdorf, Begegnungsstätte Burgberg
2. Wünsdorf, temporärer Container Hort
3. Dabendorf, alte Gesamtschule

4. Zossen, Kita Bummi

IV.2 Grünflächen

1. Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen 2024

2. Jahreshauptuntersuchung öffentlicher und nichtöffentlicher Spielplätze

IV.3 Bauleitplanung

Herr Preuß nimmt ab 19:15 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben ein Schreiben vom Investor bekommen: Das Schreiben, was Ihnen vorliegt, haben wir erhalten und rechtlich prüfen lassen. Wenn es so weit ist, werden wir dies besprechen. Wir sehen rechtlich dort keine Bedenken. Wir können den Beschluss dazu fassen.

Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes

7 "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben Ihnen die aktuellen Amtsblätter ausgeteilt. Beim MAWV gab es eine Gebührenanpassungen. Zum KMS wurde am 19.11. eine Presseerklärung auf unsere Homepage gestellt, dass Umlagen für die Stadt fällig werden. Die Höhe wurde erst in einer Arbeitsberatung der Bürgermeister ausgetauscht. Es handelt sich bei der Umlage für Zossen um 5.285.000 Euro. Diese sind ergebniswirksam und nicht finanzwirksam. Wir werden eine Stundung beantragen. Der KMS muss einen Kassenkredit beantragen. Wir werden dies 2025 behandeln. Der Kämmerer ist informiert. Wir haben uns mit der Kommunalaufsicht abgestimmt und müssen keine Haushaltssperre machen. Wir haben auch noch keinen Bescheid vom KMS und wissen nicht, wann wir es begleichen müssen. Im Januar wird es eine weitere Sitzung des FSB gemeinsam mit Frau Nicolaus und dem kaufmännischen Leiter geben. Wir werden den Wirtschaftsplan des KMS diskutieren und dazu auch eine Sonder-SVV einladen. Sie als SVV entscheiden, ob die Bürgermeisterin gemeinsam mit Herrn Njammasch dem Wirtschaftsplan zustimmen sollen oder nicht. Wenn wir ein Votum bekommen, dann werden wir dem Wirtschaftsplan zustimmen und wir werden die Umlage in Höhe von 5.285.000 Euro einzustellen haben und eine Stundung beantragen. Sollte die SVV feststellen, dass wir dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen, dann wird es eine Maßnahme seitens der Kommunalaufsicht geben und wir müssen die 5.285.000 Euro trotzdem einstellen. Wir haben am 06.12. eine KMS Sitzung. Da wird der Wirtschaftsplan nicht verabschiedet und es wird 2025 eine weitere Sitzung geben. Warum hat die Verwaltung so gehandelt? Wir wollen eine handlungsfähige Stadt haben. Wir werden alles vermeiden, dass wir in die Haushaltssperre kommen. Dann könnten wir alle Investitionen und freiwilligen Leistungen nicht mehr tätigen. Die Förderprojekte und die Nordumfahrung werden wir im Falle einer Haushaltssperre nicht umsetzen können. Es wäre eine Katastrophe. Man muss keine weiteren Gerüchte streuen. Die Beschlüsse, die wir dieses Jahr gefasst haben, sind auch 2025 umsetzbar. Das ist die Aufgabe der Bürgermeisterin und das hat sie auch getan. Die Thematik des KMS bestand darin, einen

Investitionskredit für Investitionen der Vergangenheit ziehen zu können. Es handelt sich um Dinge aus 1996. Die Kommunalaufsicht und das Innenministerium haben den Vorschlag zur Vermeidung der Umlage nicht angenommen.

8 Einwohnerfragestunde

-

9 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Herr Juricke:

Am 25.09.2024 habe er einen Antrag an die Verwaltung gestellt zwecks der Dorfgemeinschaftshäuser im Stadtgebiet. Wann kann er mit der Beantwortung rechnen?

Frau Şahin-Connolly:

Wenn Sie ihre Anfrage begründen, dann machen wir uns die Mühe, dies zu erörtern ansonsten gibt es keinen Bedarf, die Verwaltung damit zu beschäftigen.

Herr Leisten stellt einen Geschäftsordnungsantrag Antrag, dass die 3 Minuten Redezeit nicht überschritten werden sollen. Sollen ist kein Müssen.

Herr Juricke:

Er soll seine Anfrage begründen? Die Begründung ist, dass es heute geregnet hat.

Frau Şahin-Connolly:

Das ist keine Begründung.

Frau Leisten:

Wie ist der Stand des gesamten Gebäudekomplexes am Bahnhof mit Hostel, Bistro usw.? Wollen wir tatsächlich dabei bleiben, dass es nur als gesamtes Objekt vermietet wird? Es macht einen sehr unordentlichen Eindruck. Es gibt keine Gastronomie.

Frau Şahin-Connolly:

Wenn wir Pächter für die Gastronomieeinheit finden gerne. Man muss nicht beides pachten. Beim Hostel ist es so, dass der vordere Bereich mit genutzt werden muss, da dort Frühstück angeboten wird. Weitere Dinge gerne bei Herrn Krolík, da dieser das Objekt über die ZWG verwaltet.

Frau Leisten:

Suchen wir denn aktiv nach einem neuen Pächter?

Der linke Teil der mal LOK Restaurant hieß, dient aktuell als Aufenthaltsraum der Bauarbeiter. So wird es zumindest in der Stadt erzählt.

Frau Şahin-Connolly:

Die LOK ist im Bahnhofshauptgebäude. Diese Räumlichkeit steht für Aufenthalt und

Frühstück zur Verfügung. Wenn wir jemanden finden sehr gerne. Wir haben auch diverse Einlagerungen im Bauhof.

Herr Christ:

Die Fraktion Plan B habe mit dem Antrag 037/24 eingebracht, dass die gemeinnützigen Vereine der Stadt Zossen von den Nutzungsgebühren freigestellt werden. Unser Sportverein zahlt in Glienick aufgrund eines Pachtvertrags immer noch 243 Euro monatlich. Er hält es als Missachtung der SVV. Warum ist das nicht geändert worden? Wann wird das Geld zurückgezahlt?

Frau Şahin-Connolly:

Dann sollten sich die Vereinsvorsitzenden an die Verwaltung wenden. Es gibt einen Pachtvertrag. Es sind andere Punkte zu berücksichtigen. Es befindet sich in der rechtlichen Prüfung. Wir haben keine Satzung. Es gilt das Thema für Vermietung. Bei einem Dauermietvertrag oder Pachtvertrag müssen wir andere rechtliche Themen berücksichtigen. Es ist eine vertragliche Gestaltung zwischen dem Verein und der Stadt Zossen.

Herr Christ:

Es hat nichts mit der Satzung zu tun. Es ist eine normale Nutzungsgebühr. Die Verwaltung ist für die Umsetzung der Beschlüsse zuständig. Wann zahlen Sie das Geld zurück? Es tangiert schon den Ortsbeirat. Die Vereine kommen zum Ortsbeirat und möchten Zuschüsse.

Frau Şahin-Connolly:

Es handelt sich um eine Sonderkonstellation, die das neue Vereinsheim betrifft. Hier existieren andere Verträge. Diese sind nicht von dem Beschluss der SVV betroffen. Mit der reinen Nutzung hat das erst mal nichts zu tun. Der Vorstand kann sich gerne an die Verwaltung wenden.

Frau Czech:

Hat die Stadt Zossen Interesse an einer Partnerschaft mit der polnischen Stadt? Man könnte sich gegenseitig zu Festen besuchen. Die Gemeinde hat ein akutes Interesse an der Partnerschaft. An der Schule fehlen Lehrer, die als 2. Sprache Deutsch unterrichten. Vom Goetheinstitut gäbe es ein Interesse, uns zu unterstützen. Gibt es die Möglichkeit, dass besonders engagierte Lehrer und die begabtesten Schüler der Gemeinde ausgezeichnet werden?

Frau Şahin-Connolly:

Grundsätzlich kann jede Stadt jeden besuchen. Dann ist es aber keine Partnerschaft. In einer Städtepartnerschaft gibt es noch andere Themen als den kulturellen Austausch. Wenn die Stadtverordneten das möchten, können wir das machen. Wir benötigen dafür einen Beschluss. Der Initiator ist die Schule. Wir haben nicht den Bildungsauftrag. Wir als Verwaltung würden dies unterstützen. Wir würden die Veranstaltung besuchen, aber das muss die Schule oder der Landkreis machen.

Herr Christ:

Er war beteiligt bei der SG Glienick. Es war ein Fördermittelantrag, den die SG Glienick beantragt hat. Sie haben noch 70.000 Euro aus der Stadtkasse zum Gebäude dazugegeben. Im Pachtvertrag steht drinnen, dass es ein Pachtzins ist. Wo sehen sie die rechtlichen Probleme? Auch andere Vereine nutzen Gebäude, die die Stadt bezahlt hat.

Frau Şahin-Connolly:

Im Förderprogramm durfte man sich nur bewerben, wenn man Eigentümer des

Grundstücks ist. Die Vereine müssen Eigentümer der Liegenschaft sein. Wir haben den Verein so unterstützt, dass dieser förderberechtigt ist.

Frau Reglin:

Inwieweit ist sozialer Wohnungsbau beim Sportplatz am Johnepark möglich?

Eine Bürgerin hat kundgetan, dass es beim Parkplatz hinter dem Jobcenter an Beleuchtung fehlt. Die Anfrage wurde bereits zweimal zur Bürgerstelle geschickt.

Sie wurde von einer Institution berufen worden, Partner für Demokratie zu sein. Sie möchte kleine Förderprojekte begleiten und weiterleiten, um da noch mehr Gelder raus holen zu können.

Herr Lorenz-Kricke:

Ihm fehlt die abgelehnte Stellungnahme für die Bauvorhaben der Löschbrunnen. Es gibt negative Stellungnahmen, dass nicht gebaut werden könnte. Es ist Pflichtaufgabe der Kommune.

Frau Şahin-Connolly

Wir werden sehen, wie weit da etwas existiert.

Frau Schreiber:

Anfragen müssen nicht begründet werden. Diese sind durch die Verwaltung zu beantworten.

Sie bittet den Vorsitzenden einzugreifen, wenn ein Ortsvorsteher, wie Herr Christ nach einem Projekt mit Detailkenntnis fragt und beleidigt wird mit „Sie haben sich noch nie für das Projekt interessiert.“. So geht man nicht miteinander um.

Im Aufsichtsrat der ZWG gab es im Oktober die konstituierende Sitzung. Dort wurde sich darauf verständigt, dass es im November und Dezember eine Sitzung geben wird. Der Vorsitzende, Herr Reimer, hat für November nicht eingeladen.

Haben Sie eingeräumt, dass Sie schon länger davon wussten, dass eine hohe Umlage auf die Stadt zukommt? Sie sagten, Sie haben sich beraten lassen, wann Sie die Stadtverordneten informieren lassen. Seit wann hatten sie Kenntnis? Hätten Sie uns nicht vor der Haushaltsberatung informieren müssen? Wen haben Sie zur rechtlichen Beratung hinzugezogen? Ab wann haben Sie Kenntnis gehabt, dass eine Umlageforderung kommt?

Frau Şahin-Connolly:

Das habe sie bereits mehrfach beantwortet.

Seit dem 19.11. wissen wir das Umlagen fällig werden und seit Freitag (22.11.) wissen wir die Höhe. Sie ist erleichtert, dass wir einen Haushalt für 2025 haben und keine Haushaltssperre verhängen müssen.

Frau Schreiber:

Es geht nicht darum, wann Sie von den 5 Mio. Euro wussten. Es war nachdem Urteil der Gebühren klar, dass eine Umlage kommt. Seit Sommer 2024 wussten Sie, dass die Umlageforderung droht. Seit wann wussten Sie davon?

Laut §70 Kommunalverfassung steht, dass ein Nachtragshaushalt erfolgen muss, wenn gravierende Änderungen in den Einnahmen oder Ausgaben gibt. Die 5 Mio. Euro nicht geplante Umlagen sind gravierende Auswirkungen. Das korrespondiert mit §73 und einer Haushaltssperre. Ist es Ihr Ernst, dass Sie die Augenwischerei betreiben, obwohl 2025 5 Mio. Euro einzustellen sind und dieser Haushalt nicht mehr in der Lage ist, die zusätzlichen Aufgaben zu erledigen? Haben Sie den Kämmerer angewiesen, keine Haushaltssperre an zuweisen? Warum macht der Kämmerer keine Haushaltssperre?

Frau Şahin-Connolly:

Seit wir wissen, dass eine Umlage fällig wird, haben wir eine Pressemitteilung rausgegeben. Sie haben den §70 einigermaßen richtig zitiert. Wir werden einen

Nachtragshaushalt machen. Ja, es ist ein Ergebnis, das wir einstellen müssen. Wir werden sehen, ob wir das Ergebnis mit Rücklagen darstellen können. Was die Liquidität betrifft, können wir keine Auskunft dazu geben, ob wir es 2025 oder 2026 begleichen müssen. Wie uns die 5 Mio. Euro im Finanzhaushalt tangieren, können wir noch nicht abschätzen. Noch ist zwingend ein Nachtragshaushalt nötig. 5 Mio. Euro machen eine Menge in unserem Haushalt aus. Es ist keine gute Entwicklung für den KMS. Die Unterstellungen gegenüber der Bürgermeisterei sind nicht gerechtfertigt. Eine Haushaltssperre für 2025 tut der Stadt Zossen nicht gut. Wir tun alles Mögliche, um eine Haushaltssperre zu verhindern.

Frau Scheiber:

Rein rechtlich gibt es harte Vorgaben, wenn Haushaltssperren zu verhängen sind. Es dürfen keine Ausgaben getätigt werden, die nicht zwingend getätigt werden müssen. Warum tun Sie nichts?

Herr Njammasch:

Bei der letzten KMS Sitzung war er nicht anwesend. Er wurde danach informiert, dass wir einen FSB machen müssen. Es ist ein unschönes Ergebnis. Wir haben keine Fakten. Der FSB wird im neuen Jahr eingeladen. Alles andere möchte er nicht bewerten.

Frau Şahin-Connolly:

Der Haushalt 2025 liegt bei der Kommunalaufsicht. Diese waren auch beim KMS. Es ist ein laufendes Verfahren. Wir müssen klären, ob wir in den Jahresabschlüssen noch Rückstellungen bilden können. Das wird geprüft.

Herr Hille:

Er dankt der Verwaltung dafür, dass die Löcher an der Kreuzung Chausseestraße seit gestern geschlossen sind. Die Löcher in der Rampe wurden auch geschlossen. Die VUB sollte heute bei dem Beschluss (131/24) der Friedensstraße nicht mit Nein oder Enthaltung abstimmen. Warum dauert eine Bauanfrage über 2 Jahren? In Wünsdorf ist ein Löschteich. Warum musste eine junge Familie 20.000 Euro einen Löschbrunnen bezahlen, um eine Baugenehmigung zu erhalten? In Rangsdorf bekommt man nach 5 Jahren die Kosten erstattet.

Frau Şahin-Connolly:

Der Sachverhalt stimmt so nicht. Es gibt eine Kostenbeteiligung und einen Vertrag mit der Stadt Zossen. Die Zahlen sind so nicht richtig. Wir haben einen anderen Haushalt als Rangsdorf. Der Löschwasserteich reicht bei weitem nicht aus. 2025 wollen wir mit dem Thema durch sein. Für Kallinchen wollen wir auch eine gute Lösung finden.

Herr Hille:

Sie haben min. 4 bis 5 Versammlungen vom KMS zurückgerechnet. Da haben Sie die Versammlung unterbrochen und mit den Bürgermeistern diskutiert, dass die Kommunen nicht in der Lage sind, eine Umlage zu errichten. Dann kam die Idee des Investitionskredits. Wir Bürger sagten da schon, dass die Schulden mit Schulden gedeckt werden.

Frau Şahin-Connolly:

Es sind 2 unterschiedliche Sachverhalte. Zossen konnte 2024 eine solche Umlage nicht zahlen. Da ging es um eine andere Summe und um den Trinkwasserbereich. 2024 wurde das KMS Problem gelöst und es wurde ein weiterer Kredit für den Trinkwasserbereich aufgenommen. Deswegen hat uns die Umlage nicht getroffen. Die Zinsen für den Kredit können nicht in die Gebührensatzung einfließen.

Herr Reimer:

Er ist der Aufsichtsratsvorsitzende der ZWG und derjenige, der einlädt. Darüber

können wir in der ZWG-Sitzung reden.

Im Hauptausschuss haben wir darüber gesprochen, dass in Zossen ein Gewaltproblem an den Schulen und Einrichtungen herrscht. Im FSB könnte man gemeinsam mit den Vorsitzenden der Schulkonferenzen und der Vereine reden. Da muss Prävention betrieben werden.

Herr Kaehlert:

Der Präventionsrat könnte sich da einbringen.

Frau Schreiber:

In der Pause sollte geklärt werden, ob die technische Übertragung gut funktioniert. Es gibt ständig Bild und Tonübertragungsprobleme.

Herr Kaehlert:

Es ist ein offenes Problem. Es liegt an diesen Räumlichkeiten.

Es findet eine Pause von 20:25 Uhr bis 20:36 Uhr statt.

Herr Kaehlert:

Es wurde alles getan, um eine Übertragung von hier zu ermöglichen. Wir haben nur 1 M/Bit Upload. Das ist der Infrastruktur geschuldet. Vielleicht könnte die Verwaltung dort nachhaltig etwas machen. Die Livesendung wird vollständig aufgezeichnet und kann in der Mediathek angesehen werden.

10 **Beschlussvorlagen**

10.1	Die Beschaffung der Ausstattung für die "Begegnungsstätte Burgberg" - Jugendclub, Vereinsheim, Aussenanlagen und elektrische Geräte/technische Ausstattung	116/24
-------------	---	---------------

Herr Juricke:

Können sich die anderen Vereine die Geräte oder auch die Bierzeltgarnitur kostenlos in Wünsdorf ausleihen? Es wäre sonst eine Ungleichberechtigung. So kann er dem nicht zustimmen.

Frau Şahin-Connolly:

Wie man mit dem Eigentum umgeht, können wir in der BV nicht klären.

Herr Juricke:

Es wird ein Rasentraktor für den MTV angeschafft. Die SG Glienick musste sammeln gehen und selbst einen Rasentraktor kaufen. Dann wäre es nur fair, dass die anderen Sportvereine sich das ausleihen können.

Frau Şahin-Connolly:

Das bekommen wir jetzt hier so nicht geklärt. Das ist ein Förderprojekt. Der Punkt ist, dass Objekt muss ausgestattet werden. Auch im Kulturform ist dies so und da gab es keinen Beschluss. Wir bekommen es jetzt mit dem Eigenanteil von 159.000 Euro gefördert. Kommen die Fördermittel nicht, müssen wir sehen, wie wir die Geräte anschaffen. Das bekommen wir nicht geklärt. Selbst wenn sie jetzt ein „ja“ zu Protokoll geben würde, würden sie die Vereine verantwortlich machen, wenn diese den Rasenmäher dann nicht haben können.

Herr Schulz stellt einen Geschäftsordnungsantrag.

Die Diskussion ist unwürdig. Er bittet um Ende der Rednerliste und Abstimmung:

Abstimmung: 15 / 6 / 1

Abstimmung online: 4 / 0 / 0

Abstimmung Gesamt: 20 / 6 / 0

Frau Schreiber:

Sie beantragt für ihre Fraktion für alle Tagesordnungspunkte, einschließlich zu den Abstimmungen der Änderungsanträge, die namentliche Abstimmung.

Herr Juricke

Das, was angeschafft wird, ist im Eigentum der Stadt. Demzufolge können es alle Vereine nutzen.

Herr Kaehlert:

Es besteht Redebereitschaft im Nachgang.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Finanzierung und Beschaffung der Ausstattung der "Begegnungsstätte Burgberg" mit einem Eigenanteil von 159.309,75 €.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan			X
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias			X
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammasch, Marko	X		
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		

Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela			X
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	0	3

Der Beschluss wurde angenommen.

10.2 **Aufstellungsbeschluss über die 3. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im OT Wünsdorf 128/24 der Stadt Zossen**

Frau Schreiber:

Der Hauptausschuss hat nicht mit 7 / 0 / 0 abgestimmt. Sie hat mit nein gestimmt. Wir werden dem hier nicht zustimmen können. Das Problem der Reduzierung der Parkplätze wurde nicht von der Verwaltung gelöst. Auf dem Gelände, auf dem Container aufgestellt werden sind die Parkplätze vom MTV und für das Strandbad im Sommer. Es gibt jetzt schon ein Parkplatzproblem. Die 200 Parkplätze werden wegrationalisiert. Es bleiben am Ende noch 20 Parkplätze. Herr F. vom Landkreis sagte im Ausschuss, dass es dem Landkreis egal ist, wo der Container aufgebaut wird. Der Standort wurde als einziger dem Landkreis angeboten. Wir sollten uns darüber dringend Gedanken machen. Wie lange soll die Übergangslösung dauern? Im Kreis wurde mitgeteilt, dass nicht vor 2030 der Bau für eine richtige Schule losgehen wird. Bis mindestens 2030 werden dort die Container stehen und es wird keine Parkplätze geben.

Frau Şahin-Connolly:

Wenn sie sich den Plan ansehen, wird es nicht nur Parkplätze, sondern auch ein Freigelände geben. Das kann außerhalb der Schulzeit auch genutzt werden. Wir haben noch weitere Parkplätze am Bahnhof und man könnte auch zusätzliche Parkplätze nutzen. Man kann am Bahnhof aber keine Container aufstellen. Es macht keinen Sinn an dem Standort 2-3 km von der Schule entfernt einen Container aufzustellen. Mit der Pausen und Unterrichtsgestaltung kann man das nicht machen. Anhand von Abwägungen haben wir die Entscheidung getroffen, dass dies der geeignete Standort ist. Sie empfand die Parkplatzsituation immer sehr entspannt. Auch im Sommer oder bei Spielen vom MTV.

Herr F. sagte, dass sie zügig vorankommen wollen und die Thematik 2030 beendet werden soll. Es handele sich um eine Interpretation von Herrn Juricke.

Hinsichtlich des Hauptausschusses haben wir eine Differenz gehabt. Nach Auffassung der Bürgermeisterin hat der Hauptausschuss mit 7 / 0 / 0 abgestimmt.

Herr Reimer:

Wir sagten, dass Teile der alten Schule weiter in Betrieb sind. Da sollte der Standort der zusätzlichen Räume in der Nähe der Schule sein. Es ist eine gute Lösung, um voranzukommen.

Herr Njammasch:

Es wäre eine gute Maßnahme, wenn man mal mit dem MTV reden würde. Wir haben uns mit dem Direktor der Comenius Schule gesprochen. Wir haben keine massiven Parkplatzprobleme. Bei bestimmten Konstellationen ist der Parkplatz zu $\frac{3}{4}$ belegt. Wir müssen daraus kein Thema machen. Die Schule braucht kurze Wege. Die Lehrer haben auch eine Aufsichtspflicht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die Aufnahme des Verfahrens zur 3. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg"

und

2. die Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens zur 3. Änderung

und

3. die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3(2) und 4(2) Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammassch, Marko	X		
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	4	0

Der Beschluss wurde angenommen.

10.3 Aufstellungsbeschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes "Südlich Gerichtstraße 20" in der Stadt Zossen **122/24**

Abstimmung zum Rederecht der Investoren:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas		X	
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens			X
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten			X
Krebs, Ronja			X
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammash, Marko			X
Preuß, Carsten			X
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke		X	
Schmitt, Ilona			X
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard		X	
Tobianke, Toni		X	
Voltz, Uwe		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	6	6

Die Investoren haben das Rederecht.

Frau Şahin-Connolly:

Sie ist der Ansicht, dass es sich nicht in das B-Plangebiet einreicht, wie der Investor sich dies vorstellt. Der Investor wirbt mit Mehrfamilienhäusern zur Miete und zum Kauf. 23 Einfamilienhäuser sollten ursprünglich entstehen. Je Haus sollen nun bis zu 4 Wohneinheiten entstehen. Der erste Bauantrag konnte aufgrund der Parkplatzsituation abgelehnt werden. Deswegen gibt es die Veränderungssperre. Die textliche Festsetzung wird korrigiert, um die Wohneinheiten zu definieren. Es sollen 23 Einfamilienhäuser sein. Sie kann nachvollziehen, dass es dem Investor nicht passt. Es ist kein Begegnungsverkehr möglich. Es muss dort eine Sackgasse entstehen und eine Feuerwehrezufahrt. Die Fläche verkraftet einen Bau von mehr als 23 Familien nicht. Ihr war das Ausmaß nicht bewusst, bis die ersten Bauanträge kamen. Der B-Plan wurde aus 2019 übernommen und es wurde mit dem Bau des Hortes angefangen. Die Parkplätze wurden nicht einvernehmlich geklärt. Den ursprünglichen Investor gibt es nicht mehr und er hat das Grundstück veräußert.

Herr Dr. Weißkopf:

Er möchte Transparenz in den Vorgang bringen. Es ist ein Verständigungsproblem. Alle Punkte werden am Ende der Ausführung geklärt sein. Es finden junge Familien Platz. Wir bauen barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnhäuser. Es ist ein Doppelhaus mit 4 Wohnungen. Es kommt nicht zu mehr Wohnfläche. Es gibt auch nicht mehr Parkplätze. Die Ablehnungsgründe waren die fehlende Erschließung, obwohl die Rohrleitungen bereits verlegt sind. Danach wurden neue Bauanträge gestellt. Diese wurden dann auch freigegeben. Mit uns hat niemand gesprochen. Wir

haben ein Grundstück gekauft mit einem rechtskräftigen B-Plan aus 2022. Wir haben das Recht, dort Wohnraum zu errichten. Hat ihre Ablehnungshaltung damit zu tun, dass Sie dort wohnen?

Frau Şahin-Connolly:

Sie wohne in der Siedlung. Die Bewohner haben sich an sie gewandt. Wir haben gegenüber dem originalen Bauantrag nichts. Einfamilienhäuser sollen durch eine Familie bewohnt werden. Sie wollen Mehrfamilienhäuser planen, wo mehrere Mietparteien in einem Haus wohnen. Wir werden dann mehr Bewohner im B-Plan Gebiet haben, als wir von ausgegangen sind. 23 Einfamilienhäuser für 23 Familien mit Kindern. Nach ihrem Konzept, was machbar ist, kann man das Ganze mal vier nehmen und das wollen wir nicht. Wir haben das auch in Schöneiche mit Ihnen diskutiert. Auch da gab es Diskrepanzen. Diesen Punkt bekommen wir aktuell nicht geklärt. Sie haben Bauvoranfragen gestellt. Den Bauantrag Mehrfamilienhaus haben wir abgelehnt mit der Thematik der Parkplätze.

Frau Schreiber:

Seit wann sind Sie der Investor dort? Wann haben Sie das Grundstück mit B-Plan erworben? Wann sind Sie dort eingestiegen? Haben Sie den städtebaulichen Vertrag übernommen? Seit wann sind Sie in Gesprächen hinsichtlich der Realisierung des städtebaulichen Vertrags? Gab es angekündigte Schwierigkeiten? Wurden Sie zum BBWEU eingeladen?

Sie beantragt Akteneinsicht in den kompletten Vorgang (städtebaulicher Vertrag, E-Mailverkehr, etc.) Bitte teilen Sie mir einen Termin mit.

Statt einer Wohneinheit wollen Sie 4 Wohneinheiten machen. Das ist ein großer Unterschied. Wurde mit Ihnen gesprochen, dass für das Grundstück vom Hort Zossen das Grundstück für die Parkplätze benötigt wird?

Frau Şahin-Connolly Geschäftsordnungsantrag zur Pause nach diesem TOP.

Frau Şahin-Connolly Geschäftsordnungsantrag zum Fortführen der Sitzung am heutigen Tag bis zum Ende der Tagesordnung.

Frau Şahin-Connolly:

Nein, der Investor wurde nicht zum BBWEU und der SVV eingeladen. Er habe Kenntnis der Veränderungssperre erhalten.

Herr Reimer stellt einen Geschäftsordnungsantrag die Sitzung nicht länger als 23 Uhr fortzuführen.

Abstimmung zur Pause nach dem TOP: einstimmig dafür

Abstimmung zum Beenden der Sitzung am heutigen Tag: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung die Sitzung bis 23 Uhr fortzuführen: mehrheitlich dafür

Abstimmung online:

Abstimmung zur Pause nach dem TOP: 4 x ja

Abstimmung zum Beenden der Sitzung am heutigen Tag: 3 / 1 / 0

Abstimmung die Sitzung bis 23 Uhr fortzuführen: 1 / 3 / 0

Herr Leisten bittet darum den letzten Punkt, der um 22:59 Uhr aufgerufen wird, dann noch abzuschließen.

Herr Dr. Weißkopf:

Es ist grundsätzlich so, dass auf dem Gelände kein Quadratmeter mehr Wohnfläche entsteht. Es werden dort nicht mehr Personen wohnen. Es ist ein Doppelhaus. Das Obergeschoss ist vom Untergeschoss trennbar. Die Käufer und Mieter sind die Zielgruppe, die Sie haben möchten.

Wir haben mit den Abstimmungen der Bebauung große Probleme gehabt. Wir haben

keine Termine bekommen und sind nicht ins Rathaus gekommen. Stellplätze für den Hort sind vorbereitet und werden fertiggestellt. Erschließungsleitungen sind verlegt. Nach dem Kauf haben wir Ihnen das Grundstück vorgestellt. Sie empfingen uns mit „Was wollen Sie hier? Wenn es nach ihnen geht, bleibt hier eine grüne Wiese.“ Wir haben nicht davon gewusst, dass die Beschlüsse gefasst wurden. Wir wurden vom Landkreis informiert, aber parallel im Glauben gehalten, dass dem zugestimmt wird. Es wurde nicht das Gespräch gesucht. Wir wurden hinters Licht geführt. Die Planungsziele sind erfüllt.

Herr Reimer:

Um wie viele Wohnungen handelt es sich? Woher wissen Sie, welche Art der Nutzung wir haben möchten? Er habe den B-Plan in der Aufstellung mit begleitet. Da hieß es 23 Einfamilienhäuser. Danach wurden Grundsatzbeschlüsse für Kita und Schule beschlossen. Das Problem ist, dass wir mehr Einwohner in dem Bereich haben als geplant. Wir wollten bei 23 Einfamilienhäusern bleiben. Es war nie die Rede von mehreren Wohnungen. Der Wille der SVV ist anders als Ihre Investitionsziele. Der Standort ist da problematisch. Die Infrastruktur gibt dies nicht her.

Herr Dr. Weißkopf:

Wir machen Recherchen und beschäftigen uns mit dem Markt. Wir könnten alle Wohnungen vergeben. Es handelt sich um 23 Häuser. Die Baumasse ist nicht mehr. Es werden nicht mehr Personen dort wohnen als bei den Einfamilienhäusern.

Frau Şahin-Connolly:

Wenn Sie jetzt behaupten, dass nicht mehr Personen in den Häusern leben, dann dürften Sie mit der Festsetzung im B-Plan ja kein Problem haben. Die Anzahl der Wohneinheiten ist dann festgeschrieben und wenn nicht mehr Wohnraum mit mehr Personen gebaut wird, ist das Thema schnell vom Tisch. Wenn wir uns da einig sind, haben wir keine Diskrepanzen. Sie ist davon nicht angetan. Wir haben dringend den Hort gebraucht. Sie haben mich beide besucht.

Herr Just:

Werden mehr Parkplätze benötigt oder mehr Personen dort leben? Wir haben eine Vorstellung, wie das Doppelhaus aussieht. Wenn es wie in Schöneiche gebaut wird, entspricht es nicht unseren Anforderungen. Aber es muss Vorschriften geben. Bei 4 Wohneinheiten muss es mehr Parkplätze geben als bei 2 Wohneinheiten. Wie kommt man darauf, dass in 2 Wohneinheiten nicht mehr als in 4 Wohneinheiten wohnen?

Herr Dr. Weißkopf:

Bei einem Einfamilienhaus wohnt eine Familie in 120 m². Jetzt bleibt es bei zwei mal 60 m². Für eine 60 m² Wohnung reicht ein Stellplatz aus. Bei einem Einfamilienhaus wären es 2 Parkplätze. Die Anzahl der Wohneinheiten ist höher, aber es ist nicht mehr Wohnfläche. Es wohnen deswegen nicht mehr Familien dort.

Frau Şahin-Connolly:

Wer in 60 m² wohnt, hat ja vielleicht trotzdem 2 Autos. Bei 2 Mietparteien kommt man auch auf 4 PKWs, die durchaus gebraucht werden.

Herr Dr. Weißkopf:

30% der Interessenten sind ältere Personen und haben kein Auto.

Frau Sahin- Connolly:

Hier in Zossen brauchen auch Senioren einen PKW.

Herr Czesky:

Im BBWEU sollte mit dem Investor gesprochen werden. Es ist interessant, aber es

sind zu viele Wohneinheiten.

Herr Hille:

Warum reißt man nun das Gebiet, das bestehend aus Reihen- und Doppelhäusern ist, auseinander und baut Einfamilienhäuser?

Frau Schreiber stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den BBWEU.

Es findet eine Pause von 21:44 Uhr bis 21:52 Uhr statt.

Frau Şahin-Connolly:

Es wird auf Beschluss in der Sache bestanden. Es wird heute eine Entscheidung getroffen.

Herr Kaehlert:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung hat dadurch keine Wirkung.

Frau Schreiber:

Der Antrag der Verwaltung auf Abstimmung in der Sache ist abzustimmen und das heißt nicht, dass der Geschäftsordnungsantrag und Verweisungsantrag nicht abzustimmen sind.

Herr Preuß:

In der Begründung ist definiert, was geändert werden kann. Es heißt klar textliche Versetzung in Nummer 4 auf die Bauweise. Wir binden uns mit dem Beschluss nur auf die eine Änderung. Wir sollten dies offenlassen.

Frau Şahin-Connolly:

Dadurch machen wir den Aufstellungsbeschluss, der über der Veränderungssperre ist angreifbar.

Abstimmung auf Beschluss in der Sache:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammasch, Marko	X		
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		

Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		

Beschluss in der Sache: 22 / 6 / 0

Frau Scheiber:

Wurde über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt und nicht um den Beschluss in der Sache?

Frau Şahin-Connolly:

War jedem klar, dass wir über den Aufstellungsbeschluss abstimmen?

Die, die mit ja gestimmt haben, war es denen klar, dass sie zum Beschluss abgestimmt haben?

Herr Kaehlert:

Er widerspricht. Wir haben 2 Anträge. Den Antrag zur Vertagung in den Ausschuss und zur Abstimmung in der Sache. Jetzt folgt die Abstimmung der BV.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die Aufnahme des Verfahrens zur 1. Änderung Bebauungsplanes "Südlich Gerichtstraße 20"

und

2. die Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens zur 1. Änderung

und

3. die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3(2) und 4(2) Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens			X
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		

Njammasch, Marko	X		
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	6	1

Der Beschluss wurde angenommen.

**10.4 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 13.09.2024
eingegangen bei der Stadt Zossen am 13.09.2024 auf
Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wünsdorf 101/24/01
Höhe Kreisverkehr und Friedensstraße zur
Beschlussfassung auf der SVV am 26.09.2024**

Frau Schreiber:

Wir haben im BBWEU sehr konstruktiv beraten und dann Änderung der Formulierung vorgenommen, deswegen die 01.

Im Hauptausschuss wurde sich eine Bürgerbefragung gewünscht.

Änderungsantrag:

- Punkt 4 Neu: Parallel wird dazu die Verwaltung beauftragt, eine Bürgerbefragung vorzubereiten und der SVV vorzulegen.

Herr Reimer:

Wir haben noch keine Variantenprüfung gehabt. Es gab Planungen der letzten Wahlperioden. Da hat die Bahn die Pläne verworfen. Die Brücke sollte am DB Umspannnetz raus kommen. Es gibt andere Ideen. Die Planung und der Bau wird mehrere Jahre dauern. Es wäre sinnvoll, den Antrag abzulehnen und seine separate Variantenprüfung zu beschließen.

Frau Şahin-Connolly stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung in den FSB und in die SVV um es in der Sonder-SVV zu beraten.

Frau Schreiber:

Der Antrag auf Vertagung ist nichts anderes als verweisen. Natürlich darf der Antragsteller oder Einreicher für sich entscheiden, ob er dem so nachkommt oder auf Entscheidung in der Sache möchte. Es ist kein Antrag, der eilbedürftig ist.

Jede Fraktion hatte lange Zeit, sich darüber Gedanken zu machen. Wir möchten eine Entscheidung in der Sache in namentlicher Abstimmung. Damit passiert noch nichts. Es ist nur beabsichtigt.

Herr Leisten

Es ist eine fundamentale Sache für die Bürger. Hier ist Leib und Leben in Gefahr, wenn wir kein Statement setzen. Wir sollten dem Beschluss zustimmen, was es später kostet ist sekundär. Wir wollen etwas für die Bürger tun.

Herr Belger:

Er stimmt nicht zu. Es wird immer nur von einer Bahnquerung gesprochen. Es existieren 2 weitere. Wir haben auch die Bahnquerung in Neuhof. Der Antrag hier ist

unbegründet. Wir sollten für die Thomas-Müntzer-Straße eine bessere Lösung finden.

Frau Şahin-Connolly:

Der Antrag macht wenig Sinn. Die Bahn hat die Planung verworfen, da es nicht realisierbar ist. Auch die Folgekosten sind noch nicht abschätzbar bezgl. Straßenbau. Das ist nicht umsetzbar.

Herr Just:

Wozu will man die Bürger befragen? Wir brauchen eine Betrachtung an welchen Stellen man eine Querung sieht. Als erstes müssen die Varianten gesucht werden. Dann sollte sich für eine Vorzugsvariante entschieden werden und dann die restlichen Punkte.

Frau Şahin-Connolly:

Die Bürgermeisterin stimmt dem Antrag zu, aber der Antrag ist nicht durchführbar. Nicht, dass sich die Bahn freut, dass die Stadt Zossen etwas vorschlägt. Es ist an der Stelle nicht möglich, aber wir können mit der Bahn an einer Lösung arbeiten, aber nicht auf Kosten der Stadt. In der Realität ist es nicht umsetzbar.

Frau Leisten:

Wir wollen Herrn Just und die VUB an ihren eigenen Wahlkampf erinnern. Da ging es um den Brückenbau Friedenstraße. Daran können sie sich wohl nicht mehr erinnern?

Frau Reglin:

Was heute nicht umsetzbar scheint, kann morgen umsetzbar sein. Die Unterschriften habe sie am 10.10.2020 von Herrn Böger erhalten. Diese wurde nie angegeben, diese Liste liegt bei ihr.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben Kopien von der Unterschriftenliste bei der Bahn angegeben.

Frau Reglin:

Dann dürften sie wissen, wie viele es waren? Es waren 1300 Unterschriften. Sie wurde auch nie zum Kopieren raus gegeben.

Herr Njammasch:

Es ist schlimm, wie man über das Thema diskutiert. Seine Listen sind bei der Stadt angekommen. Die VUB steht zum Thema Friedensstraße. Wir haben einen Termin mit der DB mit neuem Jahr. Warum können wir danach nicht darüber diskutieren? Wir machen den zweiten vor den ersten Schritt. Wieso hat Frau Reglin ihre Liste nicht im Rathaus abgegeben?

Herr Belger:

Frau Leisten unterstellt uns nicht zum Wahlkampfprogramm zu stehen. Wir wollen eine Bahnquerung, aber auch eine vernünftige Lösung. Wir sollten konstruktiv daran gehen und eine Variantenprüfung in Betracht ziehen und die Thomas-Müntzer-Straße mit betrachten.

Herr Hille:

Im westlichen Teil von Wünsdorf hat die MAZ eine Story geschrieben. Die Chausseestraße und Seestraße, die einmalig in Deutschland. Dort gehen 5 Straßen ab. Wenn da was passiert, dann ist die Kreuzung dicht. Die Überführung ist bei Starkregen nicht befahrbar. Wenn die Kreuzung dicht ist, dann kommt keiner zu uns. Im Büro des Ortsvorstehers liegen Planungen von 2019 vor, wie Frau Schreiber alles mit der Bahn abgesprochen hatte. Die Schranke am Bahnhof Wünsdorf kommt weg und dann hieß es, dass die Friedenstraße eine Brücke bekommt. Es geht um Leib und Leben.

Herr Giesecke:

Die 5 Mio. Euro Umlage könnten uns in eine Haushaltssicherung bringen. Da geht darum, dass unsere Rücklagen nicht reichen. Die reichen auch nicht, um eine Brücke zu bauen. Wir sollten den Beschluss zurück in den FSB vertagen. Sollte heute auf Abstimmung bestanden werden, dann treiben wir die Stadt in die Haushaltssicherung.

Frau Reglin:

Es ist nicht schädlich, heute bei der Brücke ja zu sagen. Wir können es uns aber nur leisten, wenn die Bahn mit zieht.

Frau Schreiber:

Wer den Antrag liest, der sieht dort, dass mit der Beschlussfassung der Bau einer Brücke in der Friedensstraße freigegeben wird. Die Verwaltung soll die alten vorhandenen Unterlagen an alle zur Verfügung stellen. Die Verwaltung soll mit der Bahn in Gespräche gehen und die Form der Unterstützung prüfen. Gerne können wir dies bei der Sondersitzung Bahn erörtern. Mit der Änderung unter 4 entstehen auch keine Kosten. Es ist dann keine Blackbox mehr. Nach den Unterlagen sollten die Kosten bei 3 Mio. liegen. Das mag so sein, dass die Baukosten angestiegen sind. Es gibt aber kein Grundwasserproblem. Deswegen ist es wichtig, dass Sie die Unterlagen bekommen.

Es soll eine Abstimmung in der Sache in der geänderten Fassung zur Abstimmung aufgerufen werden. Wenn dies die Mehrheit findet oder nicht, kann man danach über den Verweisungsantrag abstimmen.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung setzt den Antrag jetzt um und kann dem Antrag auch zustimmen.

Die Unterlagen gehen eine Woche mit Ladungsfrist zur nächsten SVV der DB ein.

Halten Sie es in Wünsdorf erforderlich, eine weitere Bahnquerung zu schaffen ja oder nein? Das ist die Frage für die Bürgerbeteiligung.

Sie verweist auf ein Rechtsgutachten, welche Kosten von der DB übernommen werden. Es werden keine Kosten von der DB übernommen.

Herr Reimer stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und zügige Abstimmung.

Frau Schreiber:

Es obliegt nicht der Verwaltung den Antrag so zu ändern. Wir nehmen das zur Kenntnis. Dann sollte es ja keine Schwierigkeiten geben.

Der Verweisungsantrag in den FSB kommt erst nach dem Sachantrag.

Frau Şahin-Connolly:

Sie zieht den Antrag zur Verweisung in den FSB zurück, da Plan B auf die Entscheidung in der Sache besteht.

Abstimmung zum Beschluss: 13 / 5 / 0 abgelehnt

Frau Schreiber stellt den Antrag zur Verweisung in den FSB.

Frau Şahin-Connolly:

Der Antrag wurde soeben von der SVV abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Es ist beabsichtigt in Wünsdorf, Höhe Kreisverkehr und Friedensstraße in Umsetzung der bereits bestehenden Planung eine Brücke über die Eisenbahn zu bauen. Vorhabenträger ist die Stadt Zossen. Zur Vorbereitung einer der finalen Beschlussvorlage sind die Punkte 2 und 3 abzuarbeiten.
2. Zur Umsetzung dieses Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, zur nächsten regulären SVV den Stadtverordneten die hierzu bereits in der Vergangenheit erstellten Unterlagen und sämtliche Beschlüsse vorzulegen. Insbesondere die Studie zur Bahnquerung südlicher Teil (Wünsdorf) und die Beschlüsse zur Ausstattung der Brücke sowie die vorliegenden (alten) Kostenschätzungen.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bahn AG zu erörtern, in welcher Form (Planungs-, Ingenieur-, Bauleistung) eine Unterstützung der Stadt durch die Bahn AG erfolgen könnte und die SVV hierüber sowie über einen möglichen Bauzeitenplan zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		X	
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas		X	
Giesecke, Peer		X	
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René		X	
Kaehlert, Jens		X	
Kerbs, Marco		X	
Kniesigk, Torsten		X	
Krebs, Ronja		X	
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammassch, Marko		X	
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona		X	
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard		X	
Tobianke, Toni		X	
Voltz, Uwe		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	15	0

Der Beschluss wurde abgelehnt.

**10.5 Eilantrag der Fraktion AfD vom 14.11.2024
eingegangen bei der Stadt Zossen am 14.11.2024 auf 131/24
Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wünsdorf**

Höhe Kreisverkehr Friedensstraße zur Beschäftigung auf der SVV am 27.11.2024

Herr Leisten:

Es geht um die Tatsache, dass Fakten geschaffen werden.

Er stellt dies zur Abstimmung in der Sache.

Der Beschluss müsste mit dem Zeitpunkt und der BV angepasst werden.

Frau Şahin-Connolly stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung.

Der Antrag war nicht im FSB. Bei ihnen steht „bauen“. Sie beabsichtigen mit dem Antrag den Bau. Es lässt keinen Spielraum zu.

Herr Hille:

Wünsdorf hatte über Jahrzehnte 3 Bahnquerungen gehabt. Die Bürger aus Wünsdorf sind dort darauf eingegangen. Es wird zum Stau kommen, wenn die Schule in den Wald kommt. Das Verkehrsaufkommen ist so stark, weil der Wohnpark mit 60/70 Häusern bebaut ist.

Herr Reimer stellt einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte und Abstimmung.

Herr Leisten vertagt den Antrag in den FSB: Es wird ein Änderungsantrag eingereicht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen:

1. Es wird in Wünsdorf, nahe Friedensstraße in Anlehnung an die bereits vorhandene Planung eine Brücke über die Eisenbahn gebaut werden. Vorhabenträger ist die Stadt Zossen.
2. Zur längst fälligen Umsetzung dieses Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, zur SVV am 27.11.2024 den Stadtverordneten die bisher vorhandenen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bahn AG zu erörtern, in welcher Form eine Unterstützung der Stadt durch die Bahn AG erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias			
Broschell, Stefan			
Christ, Stefan			
Czech, Beata			
Czesky, Thomas			
Giesecke, Peer			
Heinrich, Eleonore			
Hille, Fritz			
Juricke, Matthias			
Just, René			
Kaehlert, Jens			
Kerbs, Marco			
Kniesigk, Torsten			
Krebs, Ronja			
Lorenz-Kricke, Stefan			
Leisten, Edgar			
Leisten, Martina			
Meske, Jens Werner			
Njammassch, Marko			
Preuß, Carsten			

Reglin, Ute			
Reimer, Sven			
Sahin-Connolly, Wiebke			
Schmitt, Ilona			
Schreiber, Michaela			
Schulz, Reinhard			
Tobianke, Toni			
Voltz, Uwe			
Wilke, Matthias			

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	0	0

Der Beschluss wurde angenommen / abgelehnt.

10.6 Abwägungsbeschluss über den Bebauungsplan "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf der Stadt Zossen 126/24

Frau Şahin-Connolly:

Den Städtebaulichen Vertrag hat Frau Schreiber zur Einsicht erhalten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die anliegende Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes "Am Telzer Weg"

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammasch, Marko	X		
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute			X
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	2	1

Der Beschluss wurde angenommen.

10.7 Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf der Stadt Zossen

127/24

Frau Schreiber:

Es sind Ausgleichsmaßnahmen erforderlich im B-Plan Gebiet. Wo sind diese Ausgleichsmaßnahmen? In welcher Gemarkung findet die Waldaufforstung statt? Wenn nicht in Zossen, warum nicht? Wie wird mit der im B-Plan festgesetzten Gemeinbedarfsfläche umgegangen?

Wie haben sie abgesichert, dass diese Gemeinbedarfsfläche für die Nutzung der Stadt zur Verfügung steht bzw. werden zusätzliche Kosten für die Stadt verursacht?

Wie wird der finanziellen Ausgleich und die Folgekostenvereinbarung realisiert werden?

Frau Şahin-Connolly:

Die Themen hätten in der Abwägung diskutiert werden müssen. Primär wird die Aufforstung in unseren Waldflächen sein. Es wird eine Aufforstung eines Staatswaldes sein. Es wird eine weitere Kita entstehen.

Frau Leisten und Herr Broschell verlassen um 23 Uhr die Sitzung.

Herr Vogel:

Für den Waldumsatz ist die Firma gebunden und ein zweiter Teil wird in Klasdorf/Baruth stattfinden. Wir haben ein Grundstück mit dem Wald kaufen müssen. Da gehören uns auch die Naturschutzflächen. Da könnte man reden, ob der Landschaftsschutz dann auch die Flächen und den Naturschutz übernehmen möchte. Die Fledermäuse sind schon umgesetzt. Es gibt einen Keller, der umgebaut wurde als Fledermauskeller.

Im Vertrag ist geregelt, dass wir die Fläche für den öffentlichen Bedarf, wie Kindergarten und Gemeindeflächen vorzuhalten und mit dem Beschluss reden wir, wie das Projekt umgesetzt wird und welche wirtschaftliche Rahmenbedingungen umgesetzt werden.

Frau Schreiber:

Die Verwaltung sagte, dass der Investor eine Kita baut. Das steht da nicht. Der Investor sagte, dass dort für Gemeinbedarf vorzuhalten ist und die Erschließung durch den Investor vorzunehmen ist.

Herr Reimer stellt einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte und auf umgehende Abstimmung.

Abstimmung: mehrheitlich

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Den Bebauungsplan „Am Telzer Weg“ im Gemeindeteil Dabendorf der Stadt Zossen in der Fassung vom 31.10.2024 bestehend aus: Planzeichnung mit Begründung als Satzung.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den Bebauungsplan beim Landkreis Teltow-Fläming anzuzeigen und die Schlussbekanntmachung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan			
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina			
Meske, Jens Werner	X		
Njamasch, Marko	X		
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe			X

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	1	1

Der Beschluss wurde angenommen.

11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Kaehlert schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 23.05 Uhr.

Jens Kaehlert
Vorsitz

Carolin Peidelstein
Protokoll